

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 69

vom 6. April 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r sowie die Bundesminister Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

zu Punkt 3: Vom Bundeskanzleramt: Sektionschef Dr. U e b e l h ö r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 19.00 – 20.30

Reinschrift (3 Seiten), Konzept, unterfertigte Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll

I n h a l t:

1. Rückreise des vormaligen Kaisers in die Schweiz.
2. Demission des Bundesministers Dr. G l a n z; Ergänzung des Kabinetts.
3. Besoldungsgesetz.
4. Beschluss des Landtages von Salzburg, betreffend eine Volksabstimmung über den Anschluss an das Deutsche Reich.

Beilagen

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Mitteilung laut einer telegraphischen Meldung aus Buchs betreffend die Rückreise des vormaligen Kaisers in die Schweiz (1 ½ Seiten)

1.

Rückreise des vormaligen Kaisers in die Schweiz.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, dass laut einer telegraphischen Meldung aus Buchs der vormalige Kaiser die österreichisch-schweizerische Grenze ohne Zwischenfall um 5 Uhr nachmittags passiert habe. Die bereits bekannten Vorfälle in Bruck a. d. Mur seien nunmehr durch einen telephonischen Bericht der Landesregierung in Graz, dessen Inhalt der Vorsitzende dem Ministerrate zur Kenntnis bringt, klargestellt.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilungen des Vorsitzenden zur Kenntnis und ermächtigt ihn über dessen weiteren Antrag, der steiermärkischen Landesregierung und insbesondere dem Landeshauptmanne Dr. Rintelen Anerkennung und Dank der Bundesregierung für die klaglose Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung der Reise des vormaligen Kaisers durch das Land Steiermark auszusprechen.

2.

Demission des Bundesministers Dr. G l a n z; Ergänzung des Kabinetts.

Der V o r s i t z e n d e bringt zur Kenntnis, dass seine im Sinne des Beschlusses des letzten Ministerrates gemachten Versuche, den Bundesminister Dr. G l a n z zur Zurücknahme seiner Demission zu bewegen, ergebnislos geblieben seien. Es erübrige sohin nichts anderes, als dem Bundespräsidenten das Demissionsgesuch zur Annahme zu empfehlen, gleichzeitig aber auch im Sinne der Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes einen Vorschlag wegen Fortführung der Geschäfte der Bundesministerien für Inneres und Unterricht sowie für Heereswesen bis zur Wiederbesetzung dieser beiden Ressorts durch den Nationalrat zu erstatten.

Vorher glaube jedoch der V o r s i t z e n d e im Sinne aller Mitglieder des Kabinetts zu handeln, wenn er den Antrag stelle, dem scheidenden Bundesminister Dr. G l a n z nebst dem Ausdrucke lebhaftesten Bedauerns über seinen Rücktritt den wärmsten Dank der Bundesregierung für seine ausgezeichnete und aufopferungsvolle Mitarbeit zum Ausdruck zu bringen.

Der Ministerrat pflichtet diesem Antrage einhellig bei.

Über einen weiteren Antrag des Vorsitzenden erteilt der Ministerrat die Zustimmung, dass beim Bundespräsidenten beantragt werde, mit der Fortführung der Geschäfte der Bundesministerien für Inneres und Unterricht sowie für Heereswesen bis zur Neubesetzung dieser Stellen durch den Nationalrat den Vizekanzler zu betrauen.

3.

Besoldungsgesetz.

69 – 1921-04-06

B.-M. Dr. Grimm beantragt die Führung der Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen über das Besoldungsgesetz dem seinerzeit eingesetzten Ministerialkomitee, bestehend aus den Sektionschefs Wenedikter und Dr. Uebelhör, sowie den Ministerialräten Dr. Weigl, Dr. Wifling, Bergmann, Dr. Aigner und Dr. Feiler zu übertragen und diesem Komitee als Vertreter des Bundesministeriums für Justiz den Ministerialrat Dr. Leonhard zuzuziehen.

Der Ministerrat genehmigt diesen Antrag.

Schließlich setzt der Ministerrat die Einzelgehälter für die Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und des Obersten Gerichtshofes mit 140.000 Kronen und für die übrigen in Einzelgehälter eingereihten Beamten mit 120.000 Kronen fest.

4.

Beschluss des Landtages von Salzburg, betreffend eine Volksabstimmung über den Anschluss an das Deutsche Reich.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, dass der Landtag von Salzburg beschlossen habe, über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich eine Volksabstimmung vorzunehmen. Der Landesrat habe um eheste Bekanntgabe der Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Landtagsbeschlusse gebeten, da der Landesrat beauftragt sei, sogleich die erforderlichen Vorbereitungen zur Durchführung der Volksabstimmung zu treffen.

Redner beantrage, diese Anfrage im gleichen Sinne zu beantworten, wie dies über Beschluss des Ministerrates vom 4. März d. J. rücksichtlich der analogen Frage der Tiroler Landesregierung erfolgt sei.

Der Ministerrat erhebt diesen Antrag zum Beschluss.

Stenogramm

69. 6/IV 7 Uhr Abends	6./4 Übelhör
<p>Mayr: Ummittelbarer Vorgang der letzten Zeit.</p> <p>Carl ist um 4 Uhr 53 Minuten in Buchs eingetroffen. In Bruck haben sich die im ... jenen Arbeiter, die zugelassen waren, ruhig verhalten. Ich war in der Nacht in ständigem Kontakt mit Schober, Glanz, Rintelen, Seitz. Ich hatte in der Nacht erklärt, dass ich internationalen Gründen.</p>	<p>Besprechung über die unmittelbaren Vorgänge der letzten Zeit.</p> <p>Kaiser ist 4.53 in Buchs eingetroffen Auch in Bruck (200 Mann Sozialdemokraten) hat sich jeder Demonstrant ... halten. Bürgermeister Rede gehalten, auch auf Republik. Ich bin in ständigem Kontakt gewesen mit Glanz, Schober, Rintelen und Seitz.</p>
<p>Bitte um Meinung wegen Demission Glanz. Der letzte Ministerrat hat den Beschluss gefasst, dass Glanz zu ersuchen ist, zu bleiben. Glanz hält es für unmöglich, zu bleiben. Nachdem so viel in den Zeitungen erörtert wurde, habe ich die Demission angenommen, da ich selbst einsehe, dass eine Zurücknahme nicht möglich ist. Die Demission ist genehmigt und wird die Situation des gegenwärtigen Amtes etwas erleichtern, wenn wir auch sehr bedauern, dass er geschieden ist. Großdeutsche und Sozialdemokraten sind sehr einverstanden. Ich erachte es als meine Pflicht, die Herren zu bitten, dass der Ministerrat einen Beschluss fasst, um den kollegialen Dank für die Mitarbeit und in unserer fortdauernden Sympathien versichern und Bedauern über die Demission. /: Verlautbarung in der Presse :/</p> <p>Schreiben an ihn zu richten und entsprechend davon auch in der Presse Mitteilung gemacht wird.</p>	<p><u>Demission Glanz:</u> Kabinettsrat hat ersucht, dass er bleibt. Er hält es für unmöglich zu bleiben. Ich habe sie angenommen die Demission. Nun kommt die Ergänzung (Vertretung) des Ministeriums ist.</p> <p>Die Demission wird die Situation erleichtern. Höchst bedauerlich, dass wir den Kollegen verlieren, und [ich] erachte es für meine Pflicht, dass der Ministerrat beschließt, ihm den lebhaftesten Dank auszusprechen für die Mitarbeiter und in seiner wärmsten Freundschaft versichern und mit großem Bedauern seine Demission zur Kenntnis nehmen.</p>

<p>Heinl: Wir müssen anschließen an den gestrigen Beschluss wegen Abstandsnahme. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass er auf seiner Demission beharrt. Angenommen.</p>	<p>Heinl: Anknüpfen an gestrigen Beschluss; nehme mit Bedauern zur Kenntnis genommen, seinen Entschluss zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nachfrage: Es soll für jene Tage bis zu einem neuerlichen Beschluss des Hauptausschusses eine vorläufige Betrauung stattfinden. Vizekanzler Breisky betrauen mit Innerem und Heereswesen. Angenommen.</p>	<p><u>Ersatz:</u> Es soll für jene Tage, die bis zu einem neuerlichen Beschluss des Hauptausschusses eine vorläufige Betrauung stattfinden: Vorläufig Breisky: Betrauen mit der Führung des Inneren und Heereswesen.</p>
<p>Zusammentreten des Hauptausschusses im nächsten Monat. Die Großdeutsche und Christlichsoziale Partei und ich glauben, dass auch die Sozialdemokraten nicht ... werden. Inneres selbständig und Heereswesen selbständig besetzen, bis zur Erledigung des Gesetzes über die Bildung und Verwaltung der Regierung. Bis zur Umbildung der Regierung soll getrennt besetzt werden.</p> <p>Grimm: Wenn schon getrennt besetzt werden soll, dann vielleicht ein Leiter, damit die Zusammenlegung nicht das Prinzip der Zusammenlegung nicht wieder aufgegeben wird.</p> <p>Mayr: Zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung glaubt man, dass es heute sein wird, getrennt zu führen. Zu entscheiden hat nicht das Kabinett, sondern die politischen Parteien. Frage, ob Minister oder Leiter, kann ja offen bleiben. Frage, ob... minister oder Parlamentarier. Wenn es ein Parlamentarier wäre, könnte es nicht so</p>	<p>Hauptausschuss: Nächster Monat.</p> <p>Großdeutsche und Christdemokraten der Anempfehlung, dass man Inneres selbständig und Heereswesen auch selbständig.</p> <p>Grimm: Wegen der Zusammenlegung der Ministerien: Ob für Heereswesen nicht nur einen Leiter.</p> <p>Mayr: Da wäre uns wohl freier Hand gewesen; zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung wäre es gut, getrennt zu führen.</p> <p>Frage, ob Minister oder Leiter, kann jetzt offen gelassen werden. Frage, ob Politiker oder Beamter: Ist noch offen.</p>

<p>leicht geschehen, wie bei Glanz, dass die Sozialdemokraten den Verkehr aufheben. Aber man weiß nicht recht wie. Angeboten wird es den Großdeutschen, eines der beiden Parteien. Aber sie werden jetzt nicht darauf eingehen. Besetzung des Inneren: Soll entweder selbständig besetzt werden oder wenn kein Parlamentarier gefunden wird, Breisky. [12]</p>	<p><u>Besetzung des Inneren:</u> Breisky Inneres behalten.</p>
<p>Grimm: Länderbankgesetz. Ich habe heute mit Frank, Seitz, Aldersch und Weber verhandelt. Ich habe keine Zusicherung bekommen. Es wird riesig schwer gehen. Ich habe den Eindruck, dass sowohl von Sozialdemokraten und Großdeutsche die Debatte bei der ersten Lesung geführt wird, dass nicht von Vornherein die ganze Sache unter... Es wird auf Gefahren hingewiesen werden. Ich glaube, dass, wenn auch Einwirkung auf ... ausgeübt wird, dass, wenn die Anglobank die Vermittlung mit Deutschland aufnimmt bezüglich der Gesellschafter aufnimmt, bei den Großdeutschen keine Schwierigkeiten machen wird. Ich glaube, dass man die erste Lesung durchführen kann. Vielleicht wäre es zweckmäßig, dass vorher noch eine Obmänner-Konferenz stattfindet.</p>	<p>Länderbankgesetz: Mit Frank, Seitz und Aldersch Länderbank-Gesetz.</p> <p>Die Debatte bei der ersten Lesung wird nicht die Entscheidung beeinflussen.</p> <p>Anglo-Bank wird die Vermittlung auch für Deutschland übernehmen.</p>
<p>Grimm: Es ist uns heute die Mitteilung zugekommen, dass morgen Sitzung der Wirtschaftskommission ist. Bericht über Paris, London und Bern.</p> <p>Mayr: Ich bin ersucht worden, das auf die Tagesordnung zu setzen. Ich habe erklärt, dass ich das nur machen kann, wenn die</p>	<p>Grimm: Morgen Sitzung der wirtschaftlichen Wiederaufbau-Kommission:</p> <p>Punkt: Verhandlung der Regierung in London und Paris.</p> <p>Heinl: Es soll dort in wohlwollendem Sinne behandelt werden.</p>

Ressortminister einverstanden sind. Es wären da Bedenken. Ich kann natürlich nichts dagegen haben, wenn Sie auf die Tagesordnung setzen wollen. Vielleicht Vertreter schicken.

Grünberger: Ich bin gefragt worden, ob ich ein Referat erstatten wolle. Ich habe gesagt, ich bin nur sekundär interessiert. Schechner will nur sagen, dass die Regierung das Möglichste in Paris und London das Möglichste [sic!] getan hat, dass aber jetzt andere Kräfte einschreiten müssten. eine das ihnen jetzt das Privatkapital und die Privatorganisationen mithelfen müssten bei der Kreditbeschaffung. Er will sich mehr mit der Zukunft befassen.

Heinl: Er meint, wenn hier führende Finanzleute hinausgehen und sehen, wir tun auch mit und außerdem ... so erwartet er sich Erfolge. Schechner stellt sich vor, wenn Deutschland mittun würde, und mit ausländischen Kapitalisten in Fühlung tritt, so wäre das vorteilhaft für hier. Er glaubt, das Geld würde im Ausland leichter zu haben sein, wenn die hiesigen mittun.

Grünberger: Es wäre am besten, wenn Schüller hinginge.

Mayr: Ich werde Schüller delegieren.

Grünberger: Am 16. beginnen die Finanzverhandlungen mit den Vertretern des Völkerbundes. Ich bitte, da ich daran sehr interessiert bin, dass ich mittue.

~~Grünberger bittet, dass sich die ... beim nächsten Minister~~

Grünberger: Ich wurde gefragt, ob ich ein Referat erstatte.

Schechner will nur sagen, dass die Regierung das Möglichste getan hat, dass aber jetzt andere Kreise eingreifen müssen. Dass also jetzt das Privatkapital und die Privatorganisationen mithelfen müssten bei der Kreditbeschaffung.

Schüller delegiert.

Grünberger: Am 16/3 kommen die drei Herren des Völkerbundes. Grünberger stellt die Bitte, dass er verständigt wird.

Beim nächsten Ministerrat sehr wichtige

<p>Heinl: Antrag: Dank der Regierung für sein Greifen bei der neuen Reise.</p> <p>Mayr: Der steirische Landesregierung und insbesondere dem Landeshauptmann für alle Bemühungen zur Herbeiführung eines ... Endes. Angenommen.</p>	<p>Ernährungsfrage.</p> <p>Bundeskanzleramt: Vorbereiten.</p> <p>Rintelen. Dank der Regierung für seine Eingreifen.</p> <p>Der steirischen Landeregierung und insbesondere Landeshauptmann den Dank aussprechen. Namens des Ministerrats. Telegramm.</p>
<p>Besoldungsordnung. Bildung des Organisations-Komitees und Beziehung von Parlamentariern.</p> <p>Mayr wird mit Übelhör sprechen.</p> <p>Wenedikter, Übelhör, Weigl, Wilfling, Adler, Leonhard, Bergmann zur Verhandlung mit den Organisationen und Parteien.</p>	<p>Komitee-Bildung und Teilnahme der Parlamentarier. Unter Beziehung- Unter Führung Übelhör, Joas soll versucht werden, das Komitee zu bilden.</p> <p>Mayr wird mit Übelhör sprechen.</p> <p>Komitee unter Vorsitz Wenedikter, Weigl, Wilfling, Übelhör, Leonhard, Bergmann, Feiler, Aigner. Verhandlungen mit den Organisationen und den Parteien.</p>
<p>Mayr: Präsident des Verwaltungsgerichtshofes muss höher bewertet werden.</p> <p>Antrag: 140.000 Kronen. Und Präsident des Obersten Gerichtshof: 140.000 Kronen.</p> <p>Vizepräsident 120.000,--</p> <p>Übelhör: Der Ministerrat hat beschlossen, dass die Einzelgehälter jahresmäßig bemessen werden.</p> <p>Es würde sich ergebe, dass die obersten Richter glauben gemacht werden, mit Polizeipräsidenten. ... Direktor der ... ung. Es würde das in der Öffentlichkeit keinen guten Eindruck machen. Die beiden Präsidenten sind in der II.</p>	<p>Einzelbezüge: Jeder 120.000 Kronen.</p> <p>Präsident des Verwaltungsgerichtshofes steht außerhalb: 140.000</p> <p>Übelhör: Die Präsidenten der Obersten Gerichtshöfe wären gleichgestellt mit den anderen.</p> <p>Die beiden Präsidenten mit 140.000 Kronen Richter: Staatspräsident (140.000), der Obergerichts-Präsident, dann Senats-Präsidenten (120.000)</p>

69 – 1921-04-06

Rangsklasse, die anderen nicht.	
Mayr: Salzburger Landtag eine [Volks-] Abstimmung über Anschluss. ... zu behandeln wie Tirol. Und wenn es ... Ebenso wie in Tirol nichts weiter machen.	Salzburger Landtag: Anschlussabstimmung Im Salzburg dieselbe Antwort wie den Tirolern und dann nichts weiter machen.
½ 9 Uhr Freitag 3 Uhr [13]	½ 9 Nächste Sitzung Freitag, 3 Uhr.

MRP Nr. 69 vom 6. April 1921

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Mitteilung laut einer telegraphischen Meldung aus Buchs betreffend die Rückreise des vormaligen Kaisers in die Schweiz (1 ½ Seiten)

ad 1.)

Gegenüber den Darstellungen einzelner Wiener Blätter über die Vorgänge bei Durchfahrt des Sonderzuges des ehemaligen Kaisers durch Bruck a/Mur, halten wir ^{er} ~~folgenden~~ ^{über den Limzschfall} amtl. Bericht:

Der in Graz gegen 7 Uhr abends eingelangte Zug, der den ehemaligen Kaiser Karl aus Ungarn in die Schweiz führte, fuhr nach kurzem fahrplanmäßigen Aufenthalte in Graz nach Bruck weiter. Mittlerweile war die Nachricht eingelangt, daß sich am Bahnhof in Bruck mehrere Tausend, zum größten Teile der Arbeiterschaft angehörende Personen eingefunden hatten, aus deren erregten Äußerungen und sonstigem Verhalten zu entnehmen war, daß das vereinbarte Passierenlassen des Zuges keineswegs gewährleistet und schwere Ausschreitungen zu befürchten seien. So war schon der aus Triest in Bruck eingelangte D-Zug in der Annahme, es handle sich um den Ententezug, von der Menge durchsucht worden. Der Ententezug wurde daher in Frohnleiten aufgehalten und über Weisung der Wiener Regierung, welche die Instradierung des Ententezuges durch österreichisches Gebiet übernommen hatte, mit Vertrauensmännern der sozialdemokratischen Partei Fühlung genommen, um eine ungehinderte Weiterfahrt des Zuges zu sichern. Es begaben sich Landesrat Oberzaucher mit drei anderen Vertrauensmännern ^{der sozialdemokratischen Partei} zunächst nach Frohnleiten, wo sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller und Sever anschlossen, um mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in Bruck ein Uebereinkommen wegen der Weiterfahrt des Zuges zu treffen. Als Vertreter der Entente fuhr der im Zuge befindliche englische Oberst nach Bruck. Bei der in Bruck sodann abgehaltenen Besprechung wurde die Vereinbarung getroffen, daß der Bahnhof von der Arbeiterschaft geräumt werde u. eine Zahl von 200 bis 250 Vertrauensmännern am Bahnhofe verbleibe, die den Zug ohne Störung passieren lassen werden. Für die Durchführung dieser Vereinbarung hatten sich die Vertrauensmänner verbürgt. Der Zug, der - wie erwähnt - bis dahin in Frohnleiten zurückgehalten worden war, fuhr um 3 Uhr früh im Brucker Bahnhofe ein. Bürgermeister Püchler hielt, während sich der Zug in der St. fand, an die am Bahnhofe befindlichen Arbeiter e



- Ansprache, die in ein Hoch auf die Republik ausklang. Der
- Zug fuhr nach kurzem Aufenthalte unbehindert weiter.

Die Grazer Landesregierung wurde beauftragt, die Ursachen des Zwischenfalles ungesäumt genauestens festzustellen und über das Ergebnis der bezüglichen Erhebungen ehestens zu berichten.

Die Landesregierung in Graz telefonierte über h.o. Anfrage am 6. April 1921 um 5 1/4 Uhr nachmittags über die Vorfälle anlässlich der Durchreise des ehemaligen Kaiser durch Steiermark Folgendes:

Der in Graz gegen 7 Uhr abends eingelangte Zug, welcher den ehemaligen Kaiser Karl aus Ungarn in die Schweiz führte, fuhr nach kurzem fahrplankmäßigen Aufenthalt in Graz nach Bruck weiter. Mittlerweile war die Nachricht eingelangt, daß sich am Bahnhofe in Bruck mehrere tausend zum größten Teile der Arbeiterschaft angehörende Personen eingefunden hatten, aus deren erregten Äußerungen und sonstigen Verhalten zu entnehmen war, daß das vereinbarte Passierenlassen des Zuges keineswegs gewährleistet sei und schwere Ausschreitungen zu befürchten seien. So war schon der aus Triest in Bruck eingelangte D Zug in der Annahme, es handle sich um den Ententezug, von der Menge durchsucht worden. Der Ententezug wurde daher in Frohnleiten aufgehalten und über Weisung der Wiener Regierung, welche die Instradierung des Ententezuges durch österreichisches Gebiet übernommen hatte, mit Vertrauensmännern der sozialdemokratischen Partei Fühlung genommen, um eine ungehinderte Weiterfahrt des Zuges zu sichern. Es begaben sich Landesrat Oberzaucher mit 3 anderen Vertrauensmännern, der sozialdemokratischen Partei zunächst nach Frohnleiten, wo sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller und Sever anschlossen, um mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft in Bruck ein Uebereinkommen wegen der Weiterfahrt des Zuges zu treffen. Als Vertreter der Entente fuhr der im Zuge befindliche englische Oberst nach Bruck. Bei der in Bruck sodann abgehaltenen Besprechung wurde die Vereinbarung getroffen, daß der Bahnhof von der Arbeiterschaft geräumt werde und eine Zahl von 200 bis 250 Vertrauensmännern am Bahnhofe verbleibe, welche den Zug ohne Störung passieren lassen werden. Für die Durchführung dieser Vereinbarung hatten sich die Vertrauensmänner verbürgt. Der Zug, welcher, - wie erwähnt - bis dahin in Frohnleiten zurückgehalten worden war, fuhr um 3 Uhr am Brucker Bahnhofe ein. Bürgermeister Püchler hielt, während der Zug sich in der Station befand, an die am Bahnhofe befindlichen Arbeiter eine kurze Ansprache, die in ein Hoch auf die Republik ausklang. Der Zug fuhr nach kurzem Aufenthalte



unbehindert weiter.

Der vorstehende Sachverhalt wird morgen in den Grazer Tagesblättern in einem offiziellen Communiqué verlautbart werden.

Die Grazer Landesregierung wurde beauftragt, die Ursachen des Zwischenfalles ungesäumt genauestens festzustellen und über das Ergebnis der bezüglichen Erhebungen ehestens anher zu berichten.

Herrn Bundesmin.f.Inneres und Unterricht

Herrn Polizeipräsidenten

Bundeskanzleramt

Abteilung 15

5

000004